



Zentrale Voraussetzungen für E-Mobilität schaffen

Städte- und Gemeindebund NRW fordert mehr Engagement des Landes beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos

„Damit E-Mobilität dauerhaft erfolgreich sein kann, muss der Ausbau der Ladeinfrastruktur mit der wachsenden Zahl von Elektro-Autos Schritt halten“, sagte Christof Sommer, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW (StGB NRW), am Dienstag am Rande des Gemeindegkongresses des kommunalen Spitzenverbandes in Düsseldorf. Das Land müsse nun mit einer gezielten Förderung dafür sorgen, dass entsprechende Angebote in die Fläche kommen.

„E-Mobilität ist ein zentraler Baustein für mehr Klimaschutz und sie erlebt einen beeindruckenden Boom“, erklärte Sommer. Allein im Jahr 2021 seien 360.000 reine E-Autos neu auf die Straße gekommen. „Die Städte und Gemeinden freuen sich über den Erfolg sauberer Technologien und wollen ihn nach Kräften vorantreiben. Zentrales Element dafür ist in unseren Augen die Verfügbarkeit von Angeboten zum Tanken von Strom.“

Dafür sprechen auch die Ergebnisse einer Umfrage unter Mitgliedskommunen des StGB NRW. Demnach haben rund 90 Prozent der Städte und Gemeinden ein Ladeangebot im öffentlichen Raum vorzuweisen. 95 Prozent sehen aber Bund und Land in der Pflicht, beim Ladesäulenausbau erheblich mehr zu fördern.*

„Viele Städte und Gemeinden haben die Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum bereits mit großem Engagement ausgebaut, obwohl es sich dabei um keine kommunale Pflichtaufgabe handelt“, stellte Sommer fest. Klar sei aber auch, dass öffentliches Laden allein den steigenden Bedarf nicht werde decken können.

„Um Millionen von Fahrzeugen zu versorgen, wird der Ausbau überwiegend im privaten und halb-öffentlichen Raum stattfinden müssen, insbesondere im privaten Wohnbereich und am Arbeitsplatz. Um dabei schnell und effizient voranzukommen, sollten alle Beteiligten auf kommunaler Ebene eng zusammenarbeiten“, so der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes.

Das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW fordert die Landesregierung daher auf, den bedarfsgerechten Ausbau gezielt zu fördern. Christof Sommer: „Die Kommunen stehen gerne als enger Partner für einen systematischen Aufbau eines NRW-Netzes mit Ladesäulen zur Verfügung. Unterstützung von Landesseite können sie dabei gut gebrauchen, zum Beispiel

durch die Förderung von Fachpersonal zur Koordinierung und Steuerung solcher Prozesse. Ein gezieltes Management in den Kommunen wird auch die Elektromobilität voranbringen.“

Wichtig sei es den Kommunen, E-Mobilität als integralen Bestandteil der Mobilitätswende zu verstehen. „Vor allem in den Ballungsräumen kann mehr Individualverkehr nicht die Lösung sein“, sagte Sommer. „Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Autos in den Zentren.“ Ziel der Mobilitätswende bleibe neben dem Klimaschutz vor allem eine höhere Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Städten und Gemeinden. Strategien zum Ausbau von Ladeinfrastruktur und zum Ausbau von Nahmobilität und ÖPNV müssten daher eng ineinandergreifen.

Der Städte- und Gemeindebund NRW diskutiert am Dienstag im Rahmen seines Gemeindegkongresses mit prominenten Gästen aus der Kommunal- und Landespolitik unter dem Motto „Kommunen.Zukunft.NRW“. Neben rund 1000 Delegierten aus Städten und Gemeinden sind in der CCD Stadthalle NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst und Landtagspräsident André Kuper zu Gast. Bundesverkehrsminister Volker Wissing richtet eine Grußbotschaft per Video an die Städte und Gemeinden.

** An der im Juni 2022 erhobenen Umfrage des StGB NRW beteiligten sich 178 von 361 Mitgliedskommunen.*